

Danziger Zeitung.

No 8330.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerbagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 S. Auswärts 1 R. 20 S. — Inserate, pro Petit-Beile 2 S., nehmen an: in Berlin: D. Albrecht, A. Kretzschmar und Hub. Mosse; in Leipzig: Eugen Roth und S. Engler; in Hamburg: Hasenhein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schüller; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchh.

1874.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Kiel, 25. Jan. Bei der gestern in dem Schleswig-Holstein'schen Wahlkreise (Apenrade-Holtenau) stattgehabten engeren Wahl zwischen Prof. Hirschius (national-liberal) und dem Hofbesitzer Kreyger-Bestoft (Däne) ist Prof. Hirschius mit großer Majorität gewählt worden. Die Dänen sowie die Sozialdemokraten enthielten sich der Abstimmung.

Bern, 25. Jan. Die aus dem Berner Jura in die benachbarten französischen Grenzortschaften geflüchteten Geistlichen organisiren, den jüngsten Weibchen zufolge, daselbst den Gottesdienst und fahren fort, Manifeste zu verbreiten, durch welche sie die Bevölkerung aufzureizen suchen. Die Verhaftung des Decan Hornstein ist, gutem Vernehmen nach, erfolgt in Folge einer Anzeige des Kirchenraths wegen des Fehlens werthvoller Kirchengeräte.

Paris, 25. Jan. Nach einer Mittheilung des clerikalen „Monde“ hätte der Marschall Serrano an die päpstliche Curie das Verlangen gestellt, die Bulle über die letzte Präconisation von spanischen Bischöfen zurückzuziehen, resp. Modificationen derselben eintreten zu lassen.

Die Privilegien der Militärpersonen im neuen Militärgefes.

— Berlin, 25. Januar.

Die nächsten ernsthaften parlamentarischen Kämpfe, zugleich die ersten im neugewählten Reichstage, werden den Entwurf des neuen Militärgefes betreffen. Obwohl der Entwurf schon beinahe seit Jahresfrist öffentlich bekannt ist und auch die nochmalige Lesung desselben im Bundesrathe denselben nur in unwesentlichen Dingen geändert hat, herrschen über den Inhalt doch vielfach noch sehr unklare Vorstellungen, wesentlich erzeugt von den Artikeln der Regierungspresse über die angeblichen Beziehungen desselben zur deutschen Wehrkraft. Der Schwerpunkt des Entwurfs liegt einmal in Bestimmungen, welche die Militärverwaltung unabhängig machen sollen von dem Geldbewilligungsrecht des Reichstages, sobald aber nicht minder in der Befestigung und Erweiterung der Privilegien von Militärpersonen gegenüber dem allgemeinen Recht. Daß für Militärpersonen in Kriegszeiten ein besonderes Recht in Anwendung zu kommen hat, bedarf freilich keines besonderen Nachweises. Niemand wird gegen besondere Bestimmungen über militärische Testamente Etwas einwenden. Zweifelhaft aber erscheint schon die Ausdehnung einer in Preußen singulären Bestimmung auf das ganze Reich, wonach Militärpersonen bei kriegerischem Ausmarsch an die Miethscontracte nur bis zum Ablauf des Quartals gebunden sein sollen, wenn Etwas Anderes nicht ausdrücklich vereinbart ist. Entweder wird letzteres die Regel, oder die Bestimmung führt zu höheren Miethspreisen für Militärpersonen. In Bezug auf die Verhältnisse der Militärpersonen in Friedenszeiten sollten die Militärpersonen, abgesehen von den Dienstpflichtigen, einfach den Reichsbeamten gleichgestellt werden. Der Entwurf dagegen functionirt eine ganze Reihe von Ausnahmestellungen. Zunächst wird im Widerspruch mit der Resolution des Reichstages vom 30. März 1870, wonach die besondere Militärgerichtsbarkeit auf Dienstvergehen beschränkt werden sollte, ausdrücklich die Militärgerichtsbarkeit in allen Strafsachen von Neuem legislativ befestigt. — Die Verheirathung der Militärpersonen wird an die Genehmigung der Vorgesetzten geknüpft. Da eine Verheirathung ohne solche Genehmigung schon im Mil.-Straf-G.-B. unter Strafe gestellt ist, läßt sich der Zweck der neuen Bestimmung nicht einsehen, es sei denn, daß man darauf ausgeht, wieder ein förmliches Ehehinderniß aus der mangelnden Genehmigung zu begründen. Das Excusationsrecht in Bezug auf Vormundschaften, welches bisher im Gebiet des gemeinen Rechts, in Bayern u. c. nicht bestand, soll für das ganze

Reich eingeführt werden. Weit über die Bestimmungen des Reichsbeamtengefes hinaus gegen die Privilegien der Militärpersonen in Bezug auf die Unverwundbarkeit der Beschlagnahme, Cession, Verpfändung oder sonstige Uebertragung von Dienstvermögen. Als Grund begnügt man sich anzugeben, daß die Kassenscommissionen der Militärverwaltung „nicht wohl geeignet seien, civilrechtliche Verwickelungen zu beurtheilen.“

Die Communalsteuerfreiheit der Militärpersonen soll nicht nur ihrem ganzen Umfange nach beibehalten, bezw. in Württemberg und Bayern neu eingeführt werden, sondern auch noch eine Ausdehnung erfahren in Bezug auf die Pensionen der Kriegsinvaliden. Wenn man sich in letzterer Beziehung auf einen Reichstagsbeschuß vom 28. Mai 1869 beruft, so verschweigt man, daß dieser Beschuß nur eventuell gefaßt worden ist, nämlich im Zusammenhang mit einer Resolution, welche die Communalsteuerfreiheit den Militärpersonen auf das Dienstvermögen einschränkte. Auch diese Resolution wurde verworfen, weil ihr Inhalt den Conservativen zu weit, der Fortschrittspartei und dem linken Flügel der National-Liberalen aber nicht weit genug ging. Die letzteren Parteien, deren Ansichten im neuen Reichstage den Ausschlag geben, gingen mit Recht von der Ansicht aus, daß die vielen Vortheile, welche auch Offiziersfamilien von den communalen Einrichtungen genießen, eine volle Steuerfreiheit auch nur des Dienstvermögens nicht rechtfertigen könnten.

Die Befreiung der Militärpersonen von dem Geschworenendienst — bisher nur im größeren Theil des Reiches geltendes Recht — wird auf das gesammte Reich ausgedehnt. — Das politische Wahlrecht, welches den Militärpersonen bisher nur für die Reichstagswahlen verlag war, wird denselben (mit Ausnahme der Militärbeamten) allgemein entzogen. Ebenso wird den Militärpersonen die Theilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen untersagt. Bisher geschah dies nur im Wege der Disciplinarrvorschrift in einzelnen besonderen Fällen. Die Zulassung der Angehörigen des activen Heeres, welche Reichstagsabgeordnete sind, zur Theilnahme an den Sitzungen, soll in Kriegszeiten von einem besonderen Urlaub abhängig sein.

Endlich sanctionirt der Entwurf auch Ausnahmestellungen der pensionirten Offiziere, insofern dieselben an den civilrechtlichen Privilegien (Beschlagnahme der Pension u. s. w.) Theil nehmen, der besonderen militärischen Strafrechtsarbeit unterworfen bleiben und sofern sie „zur Disposition gestellt sind“ auch die volle Communalsteuerfreiheit genießen sollen. — Es erhebt sich schon der vorstehend skizzirte einzige Abschnitt in dem Entwurf des Militärgefes zu den allerwichtigsten Verhandlungen Veranlassung geben muß.

Danzig, den 26. Januar.

Es ist bedenklich, daß die Regierung die im neuen Reichstage nun einmal gegebenen Parteiverhältnisse nicht offen acceptirt, ihnen nicht Rechnung tragen zu wollen scheint. Statt sich mit der freimüthigen unter allen Umständen reichstreuen Majorität zu befreunden, ruft sie im „Volksblatt“, dem Organ des Kanzlers, die Conservativen zur Bundesgenossenschaft auf, sie scheint deren Unterstützung lieber zu sehen als die der Liberalen. Das ist angesichts der augenblicklichen Verhältnisse nicht ohne Gefahr und unsere Schuld würde es dann nicht sein, wenn mit solcher Politik die so nothwendige Unterstützung der Fortschrittspartei verschert würde.

Die schwarze Internationale ruft nun durch den Mund Mallindrobt's offen auch andere Völker, zunächst die Oesterreicher, auf zum Kampfe gegen die Reichspolitik. Dieser Versuch, Hilfstruppen im Auslande gegen das eigene Vaterland und dessen Regierung zu werben, illustriert selbst den oft betheneren Patriotismus der Centrums-

leute, er sollte doch allen denjenigen Katholiken endlich die Augen öffnen, welche sich bisher von den frommen Aufwiegungen der Partei irre führen ließen. Die bereits durch die Abführung des Kanzlers arg beschädigte moralische Position Mallindrobt's muß durch die allgemeine Brandmarkung, welche die österreichische und deutsche Presse dem Veruche einer internationalen clerikalen Parteibildung Seitens des Centrumsführers zu Theil werden läßt, noch mehr erschüttert werden.

Unser Regierungszettel dementirt in ihrer letzten Nummer die allgemeine Annahme, daß die Maßregelung des „Univers“ und die neueste Politik in Versailles die Folge einer deutscherseits dort ausgeübten Pression gewesen sei. Das mag dem Wortlaut nach allerdings wahr sein. Directe Schritte hat wohl also Arnim in Versailles nicht gethan. Indessen soll man in Berlin dem französischen Botschafter Marquis v. Gontaut gegenüber die Ansichten der deutschen Regierung über die französischen Hegerien ganz unumwunden ausgesprochen und der Marquis dieselben seiner Regierung sofort übermitteln haben. Auf diese ebenfalls allgemein verbreiteten und geglaubten Nachrichten erstreckt sich das Dementi der „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht.

England steht vor neuen Parlamentswahlen. Bei der Wahlbewegung dürften auch dort diesmal die ultramontanen Agitationen, besonders in Irland, ein bedeutendes Moment bilden. „Examiner“ kündigt das Cabinet offen an, daß seine Existenz lediglich von der Art abhängen werde, wie es die irische Frage angreife. Es sei zwischen einer binnen Kurzem eintretenden Revolution und einer Politik zu wählen, welche die letzten Spuren protestantischer und englischer Suprematie in Irland auslösche. So schlimm steht es nun wohl nicht. England hat während der letzten zehn Jahre viel gethan, um das frühere Unrecht wieder gut zu machen. Jenes in Lumpen hungernde Irland, welches zum europäischen Sprichworte geworden war, existirt nicht mehr. Es bleibt ein unvergessliches Verdienst Gladstone's, der Erste gewesen zu sein, der den Dürren des Parlaments keine Ruhe ließ, bis letzteres in mehreren großen Zügen Irland Gerechtigkeit widerfahren ließ, einestheils, indem es durch weise Gesetze die unbilligen Privilegien der sogenannten irischen Staatskirche aufhob, andererseits indem es den irischen Pächtern gegenüber den Grundherren zu ihrem guten Rechte verhalf und damit die sonst nach Tausenden zählenden agrarischen Morde aus der Criminalgeschichte nahezu verschwinden machte. England wird und kann sich niemals gutwillig zum Völkerruf der Union verstehen, niemals die Einheit des Reiches durch einen unverlässlichen Föderalismus in Frage stellen lassen. Wie die feministische Rebellion der gemäßigteren Home-Rule-Bewegung Platz machte, wird diese selber sich schließlich daran genügen lassen, daß einem etwa neu zu schaffenden irischen Landtage gewisse Partien der inneren Verwaltung, welche dem arbeitsvollen, großen englischen Parlamente zur Last geworden sind, überwiesen werden dürften. Zu Weiterem wird sich England nie verstehen.

In Frankreich bildet sich jetzt zu den vielen anderen eine neue Parteigruppe. Prinz Plon-Plon hat sich von den clerikalen Bonapartisten Eugénien's losgelöst und mit Duval, Girardin, Rive eine demokratische Fraction gegründet, der auch Ollivier sich anschließen will. Zweck der Bestrebungen derselben ist jedoch keineswegs die Wiederherstellung des Kaiserreichs unter dem „Prince rouge.“ Vielmehr will man den Prinzen als Präsidenten der Republik an die Spitze Frankreich's stellen. Diese Partei würde über ziemlich bedeutende Geldmittel verfügen. Sie soll die anticlerikalen und antiliberalen Bestrebungen der Regierung ausbeuten und sich hauptsächlich an den namhaften Theil der Bonapartisten wenden, welcher von den in Chislehurst zur Schau getragenen ultraconservativen Gesinnungen nichts wissen will. Dem

im Ministerium schlummert der Conflict nur, Decazes hat noch lange nicht definitiv gesiegt. Broglie mißbilligt sein Auftreten, unterhandelt mit der Rechten, man munkelt davon, daß die Suspension des „Univers“ wieder aufgehoben werden solle, die Organe beider Minister, „Presse“ und „Français“, lenken schon gemach in's alte Fahrwasser ein, und man darf wohl gespannt darauf sein, zu erfahren, wie stark der clerikale Einfluß in den obersten Luftschichten von Versailles ist und wie schwer der Name Louis Venillot ins Gewicht fällt. Die „Assemblée Nationale“ verkündet bereits, nur die Rechte könne durch festes Zusammenhalten „dem hereinbrechenden Unglück steuern“ und „das Heil der Welt retten“. Der gemäßigte Venillot selbst verkündet „andere diplomatische Verwickelungen und andere Lösungen als die heutigen“. Man sieht daraus, daß diese Partei ihre Herrschaft über Frankreich noch keineswegs verloren giebt.

Die Operationsstruppen der spanischen Regierung haben die Carlisten an der Einschließung Santander's verhindert, die Centralarmee des General Dominguez hat ihre Actionen in Valencia begonnen. Die Föderalisten sehen, daß ihre Sache nach dem Fall Cartagena's aussichtslos geworden ist, sie wollen auf ihre Pläne verzichten, die Regierung im Kampfe gegen Carlos unterstützen, um eine Wiederaufrichtung des Thrones zu hindern. Serrano scheint von Alfons auch nichts wissen zu wollen, er hat die Schließung aller alfonstischen Clubs angeordnet.

Deutschland.

Δ Berlin, 25. Januar. Der Justizauschuß des Bundesrathes hat jetzt seinen Bericht über den Antrag Preußens, betreffend den Erlaß eines Gesetzes über die Presse, erstattet. Der Auschuß hat es abgelehnt, den Vorschlag der Reichstagscommission anzunehmen, daß durch eine Specialbestimmung, welche alle durch die Presse begangenen und von Amtswegen zu verfolgen den Vergehen der Entscheidung des Schwurgerichts unterstellt, der künftigen Strafprozeßgesetzgebung vorgegriffen werde. Der Bericht verbreitet sich über die Stellung, welche der Auschuß zu den hauptsächlichsten Prinzipienfragen bezüglich des Pressegefes einnimmt, über die durch den Entwurf beseitigten Cauttionen, Concessionsentziehungen und Besteuerungen der Presse, über Verantwortlichkeit der Pressehelfer, über die Abgabe von Pflichterklärungen, endlich über die Verpflichtung zur Aufnahme obrigkeitlicher Bekanntmachungen und thatsächlicher Verrichtungen. Die Befestigung der Cauttionen und Concessionsentziehungen war übrigens im Auschuß nicht ohne erhebliche Opposition durchzuführen. Im Großen und Ganzen ist der hinlänglich bekannte frühere Entwurf durch den Auschuß nur redactionell verändert. Nach dem Auschusantrage lautet § 1: „Die rechtliche Stellung der Presse im deutschen Reiche wird durch das gegenwärtige Gesetz geregelt und unterliegt nur denjenigen Beschränkungen, welche durch dasselbe vorgeschrieben oder zugelassen sind.“ Der veränderte § 20 hat durch den Auschuß folgende Fassung erhalten: „Wer mittelst der Presse den Ungehorsam gegen das Gesetz oder die Verletzung von Gesetzen als etwas Erlaubtes oder Verdienstliches darstellt, wird mit Gefängniß oder Festungshaft bis zu 2 Jahren bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Selbststrafe bis zu 600 Mark Reichsmünze ein.“ Der die Verantwortlichkeit der Pressehelfer betreffende Abschnitt III, § 21 lautet nach der Fassung des Auschusses: „Begründet der Inhalt einer Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung, so sind 1. der Verfasser, 2. der Redacteur oder Herausgeber, 3. der Verleger oder Commissionsverleger, 4. der Drucker, 5. der Verbreiter mit der Strafe des Thäters zu belegen, ohne daß es eines Beweises ihrer Mitschuld bedarf. Ist die Veröffentlichung

Stadt-Theater.

*** Gastspiel des Fräulein Ellenreich: „Maria und Magdalena“ von Paul Lindau und „Philippine Weller“ von D. v. Nedwig. — Das Lindau'sche Schauspiel hat offenbar Mängel, die in dem Stoffe liegen: die Schuld Magdalenen's wird sehr ungenügend geführt, und es ist sehr unwahrscheinlich, daß der alte Werren, wie er uns hier geschildert ist, je seine Tochter ungehört verstoßen haben sollte. Trotzdem hat das Stück im vorigen Winter überall einen guten Erfolg gehabt und wird sich wohl noch einige Zeit auf dem Repertoire der deutschen Bühnen halten. Lindau hat nicht nur seinen Stoff sehr bühnengerecht behandelt, sondern er hat es auch, was mehr sagen will, verstanden, der Zeit den Spiegel vorzuhalten. Er hat das Wesen und die Verlehrsform gewisser gesellschaftlicher Kreise der Gegenwart und zugleich einige bemerkenswerthe Typen derselben mit Glück in seinem Stücke wiedergegeben. Der Theateragent, welcher, seitdem er reich und Villenbesitzer geworden, für respectabel gilt, obgleich es bekannt ist, daß die gemeinste Erpressung sein Gewerbe ist; der literarische Welt, welcher sein Pressenwerk als Aufschlepper betreibt, besonders die Damen des Theaters als bequemes Object seines literarischen Sports benutzt und seine Schmarogereien in der reichen und vornehmen Gesellschaft lediglich mit dem boshaften Matsch, den er ihr bietet, bezahlt: das sind sehr

häßliche Figuren — aber „bei uns kommt natürlich dergleichen nicht vor“, bemerkt ironisch Professor Laurentius.

Das Stück, welches auch bei uns in der vorerwähnten Saison gegeben, gewann diesmal ein besonderes Interesse dadurch, daß Fräulein Ellenreich die Maria Berina spielte und in dieser Rolle ihre vorausgegangenen Leistungen noch übertraf. Die erste Gestalt des zartfühlenden, schwer geprüften, aber dadurch gereiften und gefestigten Mädchens, das zugleich Künstlerin ist und das ideale Gepräge der Kunst in keinem Zuge ihres Wesens verliert, sahen wir hier in vollendetster, durchaus lebenswahrer Weise verkörpert. Besonders wirksam war der 3. Act mit der allmählichen Steigerung der Charakterentwicklung. Zunächst das einfache, ungezwungene, fröhliche Plaudern mit dem Freunde, das Fräulein Ellenreich mit reizender Anmuth durchführte; dann die stolze Abwehr, mit welcher ein reiner Sinn die niedrigen Intriguen von Schellmann und Gels zurückweist, und endlich die edle Entrüstung, mit welcher sich das lange ertragene Unrecht gegenüber der schuldigen Jugendfreundin Luft macht, um ihr dann zu vergeben: alles dieses gab die Künstlerin so naturwahr, so wie von selbst sich aus dem Charakter ergebend und dabei so schön und ergreifend, daß der stürmische Applaus und der immer wiederholte Vorruf nach diesem Acte vollständig erklärlich waren. Nicht minder schön schloß sich daran die

Stimmung, welche der letzte Act bedingt, die Freude über die gewonnene Liebe, der Kampf und die edle Resignation, welche dem versöhnenden Schluß vorauszugehen. — Die Darstellung hinterließ auch im Uebrigen einen recht günstigen Eindruck. Fräulein Ellenreich gab die Gels mit Natürlichkeit und Munterkeit, Fräulein v. Kahler (Magdalena) spielte die Scene mit Maria, die einzige bedeutende der Partie, mit Erfolg. Fräulein Ellenreich's Humor fand in der Rolle des Laurentius ein sehr günstiges Gebiet, sich zu entfalten. Fräulein Fellenberg (Werren), Fräulein Gluth (Fürst Bern) wurden ihren Rollen gerecht. Fräulein Lang spielte die Charge des Grafen Egg wieder sehr tollig. Auch Fräulein Panfa (Gels), Fräulein Franke (Schellmann) und Fräulein Müller führten ihre Partien befriedigend durch.

„Philippine Weller“ ist hier seit mehreren Jahren nicht zur Aufführung gekommen. Das Stück ist bedeutend besser, als man es von dem Dichter erwarten konnte. Zwar hat er die affectirte Süßlichkeit, die er für zarte Empfindung ansieht, auch hier nicht ganz überwinden können. Namentlich in den ersten beiden Acten tritt dieser Zug des Dichters noch merkwürdig hervor. Aber im folgenden gewinnt Handlung und Sprache an Kraft und Wahrheit der Empfindung und, wir erhalten im dritten, vierten und fünften Act manche sehr hübsche Scenen. Eine trefflichere Repräsentantin der Titelrolle als Fräulein Ellenreich wird der Dichter kaum finden können. Die

zünftige ruhige Anmuth der Jungfrau, der schwärmerische Enthusiasmus des erwachsenen Liebesgefühls, aber nicht minder auch die sichere Würde, mit welcher die Gattin in ihrem Hause waltet und ihre Rechte vor dem Kaiser vertritt, wurde mit überzeugender Wahrheit und in den schönsten Formen dargelegt. Fräulein Ellenreich gab den Herzog kräftig und mit natürlicher Wärme und tilgte dabei den Zug schwächlicher Sentimentalität, den der Dichter der Rolle beigegeben hat. Fräulein Panfa hatte den Charakter des Königs Ferdinand sorgfältig angelegt und führte ihn auch dem entsprechend durch. Für die Darlegung warmer Empfindungen zeigt sich sein Stimmorgan etwas spröde. Fräulein Fellenberg gelang es mehr Leidenschaftlichkeit, als wir sonst bei ihm wahrnehmen, in die Partie Weller's hineinzulegen. Die Scene zwischen König und Kaiser wurde von beiden Darstellern recht tüchtig gespielt. Frau Müller und Fräulein Neubert (Anna und Catharina) und Herr Häser in der kleinen Rolle des böhmischen Bauern sind gleichfalls mit Anerkennung zu nennen. Die Darstellung fand in dem stark besetzten Hause eine sehr günstige Aufnahme; namentlich wurde unser liebenswürdiger Gast wieder mit sehr reichlichem Beifall bedacht.

ohne den Willen des Verfassers geschehen, so trifft statt seiner der Redacteur oder Herausgeber die Verantwortlichkeit. Es kann jedoch jede der in obiger Reihenfolge nachstehenden Personen die Strafverfolgung von sich abwenden, wenn sie eine der ihr in der Reihenfolge vorangehenden Personen bei ihrer ersten gerichtlichen Vernehmung oder innerhalb 24 Stunden nach derselben nachweist und der Nachgewiesene in dem Bereiche der richterlichen Gewalt eines Deutschen Bundesstaates ist. Diese Bestimmung steht der gleichzeitigen Verfolgung derjenigen nicht entgegen, in Ansehung derer, außer der bloßen Handlung der Herausgabe, des Verlags oder der Uebernahme der Commission, des Drucks oder der Verbreitung, noch andere Thatfachen vorliegen, welche nach allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen eine Theilnahme an der durch die Druckschrift begangenen strafbaren Handlung begründen. Die Aufhebung der Zeitungs-, Kalender- und Inseratensteuer ist ausdrücklich ausgesprochen. Der Entwurf ließ den Geltungstermin des Gesetzes offen, der Ausschuss beantragte: „Dies Gesetz tritt am 1. Juli 1874 in Kraft.“

* Die Budgetcommission hält jetzt täglich längere Sitzungen und beendigte heute (Sonntag) die Verathung des Cultusets. Die 16,000 Thlr. Dotation für den altkatholischen Bischof wurden ungeachtet des heftigen Widerpruchs der Clerikalen mit großer Majorität bewilligt. Bei der darauf beginnenden Verhandlung über den Eisenbahnetat erklärte der Regierungs-Commissarius, daß die Staatsregierung über die Tariffrage einen definitiven Beschluß noch nicht gefaßt habe. Die Frage wegen der Erhöhung der Tarife soll später in der Eisenbahncommission des Abgeordnetenhauses ausführlicher erörtert werden.

— In der letzten Zeit sind wieder Gerüchte aufgetaucht, daß der Kaiser eine Reise nach Italien unternehmen solle. Wie das „Deutsche Wochenblatt“ hört, sind diese Angaben völlig unbegründet. Der Kaiser, dessen Zustand sich in der erfreulichsten Weise bessert, wird in den nächsten Monaten jedenfalls seine Residenz nicht verlassen.

— Der Minister des Innern hat im Abgeordnetenhaus angeknüpft, daß eine weitere Vorlage wegen des Provinzialfonds im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Prov. Ordnung zur Erörterung kommen werde. Es liegt nach dem Gesetz vom 30. April 1873 in der Absicht, den mit Fonds zur Selbstverwaltung noch nicht ausgestatteten Prov. Verbänden außer der durch das Gesetz verfügbar gemachten Summe von jährlich 2 Mill. Thlr. noch fernere 2,500,000 Thlr. jährlich aus Staatsmitteln zur Verbenutzung für solche Zwecke zu überweisen, für welche der Provinz Hannover durch das Gesetz vom 7. März 1868 eine Rente von jährlich 500,000 Thlr. bewilligt ist. Von den gedachten 2,500,000 Thlr. jährlich sollen 2 Millionen dem Chaussee-Neubau-Fonds und 500,000 Thlr. den für sonstige Zwecke der erwähnten Art im Staatshaushalts-Etat ausgeworfenen Mitteln entnommen werden. Behufs definitiver Feststellung dieser Angelegenheit finden gegenwärtig innerhalb der verschiedenen Ressorts die abschließenden Erörterungen statt.

— Die Deputation zur Vorberathung des Antrages, betreffend die Einführung stenographischer Berichte über die Sitzungen der Stadtverordneten-Versammlung hielt am Donnerstag eine Sitzung. Wie man hört, kamen die Verhandlungen dahin zum Abschluß, daß dem Plenum der Versammlung empfohlen werden soll, veruchsweise auf ein halbes Jahr stenographische Aufnahmen der Diskussionen zu veranlassen und zu deren Controle eine Censurcommission von drei Mitgliedern einzusetzen, sowie den Magistrat zu ersuchen, unter Vorlage eines Kostenanschlages diesem Beschlusse beizutreten. Die stenographischen Berichte sollen den Acten als Beilage beigelegt und nur in besonderen Fällen durch den Druck veröffentlicht werden.

— Wie man dem „Hann. Cour.“ von hier schreibt, trat der Anklagenat des Staatsgerichtshofes am vergangenen Mittwoch zusammen. Ein Mitglied der Welsenlegion war vor Kurzem aus Frankreich zurückgekehrt. Die Untersuchung gegen diese Person ward ebenso wie gegen die vor mehreren Jahren verurtheilten Angeklagten nach § 83 des Strafgesetzes wegen Hochverraths eingeleitet. — Dem Vernehmen nach hat der Anklagenat beschlossen, die betreffende Person außer Verfolgung zu setzen.

* Vorgestern wurden 11, sage elf Presseprozeße gegen den Redacteur der „Germania“, Majunke, verhandelt, und derselbe zu 1 Jahr Gefängnis und 200 Thlr., event. noch 2 Monat Gefängnis verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 3 Jahre und Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte beantragt. (Majunke ist bekanntlich in den neuen Reichstag gewählt.)

— Auf Grund der letzten Konferenzen über höhere Töchterchulen ist zunächst der Entwurf einer neuen Prüfungsordnung ausgearbeitet worden, die wahrscheinlich bald nach dem Schlusse des Landtages veröffentlicht werden wird. Die Prüfungsordnung bezieht sich auf die Lehrerinnen an Volksschulen, höheren Mädchenschulen und die Schulvorsteherinnen. Bisher bestanden solche Verordnungen wohl für einzelne Provinzen, doch wurde die Gleichmäßigkeit des Verfahrens vermieden.

— In Betreff der älteren Militärpensionäre wird der „Kztg.“ zur Vermeidung unbegründeter Forderungen mitgetheilt, daß nach einer beabsichtigten Auslassung des Kriegsministeriums vom 14. d. Mts. „es zur Zeit nicht beabsichtigt wird, die Pensionen zu erhöhen, aber einen Fond zu begründen, woraus in besonders dringenden Fällen Unterstützungen gewährt werden sollen.“

— Das Schiedsgericht für Streitigkeiten zwischen den Buchdruckereibesitzern und ihren Gegnern hat in Sachen des Strife in der Mäcker'schen Druckerei zu Ungunsten der Secker entschieden und dieselben zur Herausgabe der ihnen unter Vorbehalt gezahlten Summe von 260 Thlr. verurtheilt.

— Die exorbitanten Forderungen der Secker haben auch bei den Verbandsgegnern nicht die gehofften ungetheilten Sympathien erregt, und es findet deshalb heute eine Versammlung statt, an der auch aus Leipzig ein Delegirter des Verbandes sich theilnehmen wird.

Posen, 24. Januar. Der Oberpräsident hat

eine zweite Aufforderung an den Erzbischof erlassen, die Probstei Dobrzyca in Frist von vierzehn Tagen zu besetzen, unter Androhung von 1000 Thlr. Geldstrafe. Die Zeugenernehmung in dem Prozeß Ledochowski wird für den obersten Gerichtshof in kirchlichen Angelegenheiten von Seiten der Untersuchungsrichter hier eifrig fortgesetzt. — Der Erzbischof Ledochowski erhielt heute eine Adresse vom Fürstbischof von Graz und vom Erzbischof von Mecheln, ferner von einem Theil der englischen Aristokratie, darunter der Herzog von Norfolk und englische Ladies, die ihn zum Anhalten bis in den Tod ermuntern.

— Für den Erzbischof ist nunmehr, wie die „Ostpr. Ztg.“ wissen will, für den Fall der Sessung des Gerichtsgesängnisses in Frankfurt a. O. definitiv in Aussicht genommen.

Graz, 23. Januar. Der Reichstags-Abg. v. Ludwig ist heute wegen Verleumdung des Fürsten Bismarck zu zwei Monaten Gefängnis und Erstattung der Kosten verurtheilt worden.

Hannover, 24. Jan. Bei der heute stattgehabten engeren Wahl wurde der frühere parteiliche Reichstagsabg. Prof. Ewald in Öttingen wiedergewählt. Die Arbeiterpartei stimmte für denselben. Die amtliche Feststellung des Stimmverhältnisses ist noch nicht erfolgt.

Straßburg, 24. Jan. Ein von der ultramontanen Partei in großer Menge durch das ganze Reichsland verbreitetes Wahlflugblatt stellt für 8 Elsaßer Wahlbezirke besondere ultramontane Reichstagscandidaten auf, für Schlestadt den Bischof Räs. Die hiesigen Katholiken, sowie diejenigen in Zabern und Mühlhausen werden aufgefordert, für diejenigen Candidaten zu stimmen, welche zum Voraus sich gegen die preussische Kirchenpolitik erklären. — Der von der ultramontanen Partei als Reichstagscandidat aufgestellte ehemalige Bürgermeister Lauth erklärt gegenüber den von ultramontanen Wahlflugblättern gebrachten anderweitigen Mittheilungen, er habe keiner Partei eine Zusage über seine Parteilichkeit und sein Verhalten im Reichstage gegeben. Er mache sein Verbleiben in demselben vielmehr von der Aufnahme abhängig, welche die Wiederholung seines seiner Zeit in Bordeaux bei den Friedensunterhandlungen erhobenen Protestes finden werde.

Schweiz. Bern, 24. Jan. Der Ständerath hat den Staatsvertrag mit Italien über den Anschluß der St. Gotthardbahn bei Chiasso und Pino genehmigt. Der Nationalrath hat dem Beschlusse des Ständeraths, daß eine Volksabstimmung über Bundesgesetze erfolgen muß, wenn 30,000 stimmberechtigte Schweizer Bürger oder 5 Kantone solches verlangen, seine Zustimmung verweigert und seinen früheren Beschluß aufrecht erhalten, wonach zur Stellung eines solchen Verlangens die Anzahl von 50,000 stimmberechtigten Schweizer Bürgern oder 8 Kantonen erforderlich sein soll. — In Bruntent ist gestern der Decan Hornstein verhaftet worden. (W. Z.)

Oesterreich-Ungarn. Wien, 24. Jan. Die „N. fr. Pr.“ bestätigt, daß die Regierung eine Kapitalreduction der Actiengesellschaften mittelst Abstemperung der Actien im Verhältnis zum Kapitalverluste gestatten wolle.

Frankreich. Paris, 23. Jan. Das amtliche Blatt veröffentlicht ein Rundschreiben Broglie's an die Präfecten mit Instructionen zur Ausführung des Bürgermeistergesetzes. Der Erlass tritt entschieden für die siebenjährige Amtsdauer Mac Mahon's ein, indem er nur solche Maires haben will, welche derselben ihre ganze Unterstützung gewähren. Die legitimistische „Union“ spricht sich sehr scharf gegen das Rundschreiben aus, weil, wie sie behauptet, die National-Versammlung keineswegs die Absicht gehabt habe, die Wiederherstellung der Monarchie auf sieben Jahre zu vertragen. — Nachrichten aus Versailles zufolge hat der noch immer einflussreiche Thiers auf die letzte Wendung eingewirkt. Thiers sagte neulich einem Staatsmann, der ihn besuchte: „So lange ich lebe und etwas vermag, wird sich Frankreich nicht wieder in einen tollkühnen Krieg stürzen.“

— Die Bonapartisten der Rouher'schen Schule, die sich jetzt offen mit dem Prinzen Napoleon entzweit haben, schließen sich dem Clerus an; der Prinz will davon nichts wissen, und veröffentlicht in der „Volonté Nationale“ ein ganz demokratisches Programm. Er hat befugigen mit den Bonapartisten der Kaiserin heftige Auseinandersetzungen gehabt und ist augenblicklich von ihnen gewissermaßen excommunicirt. — Unter den internirten Insassen der „Munancia“ befinden sich, wie man hört, auch einige ehemals französische Communnards, diese sollen dem französischen Gesetz unterworfen werden.

— 24. Jan. Prinz Napoleon veröffentlicht in der „Volonté Nationale“ ein Schreiben, worin er sich gegen die reactionäre clerikale Regierungspolitik und für Errichtung liberaler und demokratischer Institutionen ausspricht. Das Schreiben des Prinzen bedeutet officiellen Bruch mit den Rouheristen.

England. London, 23. Jan. Am 25. Februar findet in der Stadthalle zu Glasgow ein Sympathie-Meeting für Deutschland gegen den Ultramontanismus statt; analog dem Londoner Dienstags-Meeting. Auch noch weitere Meetings werden in Schottland stattfinden. Deutsche Deputirte zu dem Dienstags-Meeting trafen heute ein. Inzwischen haben die Ultramontanen ein Gegen-Meeting auf den 6. Februar festgelegt. Der Episcopat wird auf demselben vollständig erscheinen, der katholische Adel sehr zahlreich; der Herzog von Norfolk präsidiert. Die Resolutionen richten sich speciell gegen Deutschland und bekunden Sympathie mit der „verfolgten Kirche“.

— 24. Jan. In dem Schreiben, das Gladstone anlässlich der erfolgten Auflösung des Parlaments an seine Wähler in Greenwich gerichtet hat, stellt derselbe auch eine Modification des Gesetzes über den Volksschulunterricht, sowie Reformen der Gesetzgebung betreffs der Veräußerung von Immobilien und betreffs der Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Aussicht. Ebenso giebt er der Forderung Ausdruck, daß es gelingen werde, demnächst das Wahlrecht von den Städten und Wahlbezirken auf die Grafschaftsbezirke weiter auszudehnen. — Die Morgen-

blätter messen dem von Gladstone durch Auflösung des Parlaments unternommenen Schritte, der vollständig unerwartet kam, eine große Bedeutung bei, die „Times“ spricht sich über denselben in hohem Maße befriedigt aus.

Dänemark. Kopenhagen, 24. Jan. Der Führer der socialistischen Partei, Bihl, welcher, um eine Audienz beim Könige zu erlangen, gesetzwidrige Zusammenrottungen von Volksmassen vor dem Schlosse veranstaltete, ist deshalb zu einer sechsmonatlichen Zwangsarbeit verurtheilt worden.

Rußland. Petersburg, 24. Jan. Wie der „Regierungsanzeiger“ meldet, ist der bisherige Generalgouverneur von Neu-Rußland und Vessarabien, General-Adjutant v. Rozebue, zum Generalgouverneur von Warschau und zum Commandirenden des dortigen Militärbezirks, der General-Adjutant Semjaka zum Militärbefehlshaber des Odessa-Bezirks ernannt worden.

— Wie die „Börse“ hört, verhandelt man über die Tarife zur Herstellung einer directen russisch-österreichischen Handelscommunication, welche von Bombay nach Odessa mittelst Dampfer der russischen Gesellschaft für Dampfschiffahrt und Handel und dann auf den russischen Bahnen bis zur österreichischen Grenze, von dort aber auf der Karl-Ludwigsbahn ins Innere des österreichischen Kaiserreichs gehen soll.

Abgeordnetenhaus.

34. Sitzung am 24. Januar. Das Haus beschließt, daß die Interpellation des Herrn v. Los in jedem Falle noch heute discutirt und zu diesem Zweck die Staatsberathung um 3 Uhr unterbrochen werden soll.

Für die zweite Verathung des Gesetzesentwurfes, betreffend die Vereinigung des Oberappellationsgerichtes mit dem Obergericht hat der Abg. Bähr die Einschaltung 3 neuer Paragraphen beantragt, die einen aus zwei Abtheilungen bestehenden Senat für die Civilsachen aus dem bisherigen Bezirke des Oberappellationsgerichtes, dem Gebiete der Stadt Frankfurt, dem Bezirke des Appellationsgerichtes Greifswald und des Justizsenates Ehrenbreitstein, sowie aus den Hohenzollern'schen Landen verlangen und den Geschäftsgang für diesen Senat regeln. — Justizminister: Der Antrag würde, nur mit geringer Consequenz verfolgt, zu einem Umfange des ganzen Obergerichtes führen. Es sollen von allen gemeinrechtlichen Sachen die landrechtlichen und rheinischen Richter fern gehalten werden; warum dann auch nicht umgekehrt? Und wie kann man so einschneidende Umgestaltungen empfehlen, wo wir so nahe vor einer ganz neuen Gerichtsorganisation durch das Reich stehen; — Abg. Windthorst (Weppen): Der Gedanke des Antrages ist schon einmal durch die Schaffung des rheinischen Senats anerkannt worden und es ist nur eine Forderung der Billigkeit gegen die neuen Provinzen, in gleicher Weise mit den gemeinrechtlichen Sachen zu verfahren. Was das finanzielle Bedenken betrifft, so kommt einem so hochwichtigen Institut die Frage um ein paar Thaler mehr gar nicht in Betracht. Es wäre überhaupt besser, wenn den Mitgliedern des höchsten Gerichts mehr Zeit gelassen wäre, sich mit der Wissenschaft eingehender beschäftigen zu können, denn bei der augenblicklichen Arbeitsüberhäufung wird unsere Jurisprudenz mehr und mehr eine ungewissen-schaftliche (Bekannter Widerspruch). — Justizminister: Es ist mir höchst zweifelhaft, ob zur Entscheidung schwieriger Controversen des gemeinen Rechts nur die gemeinrechtlich gebildeten Juristen die geeignetsten sind, wie umgekehrt bei Fragen des Landrechts und des rheinischen Rechts nur Richter dieser Rechte. Ueber die Bemerkungen des Abg. Windthorst über die Unwissenschaftlichkeit der Jurisprudenz mag er sich mit den Schriftstellern selbst abfinden; ich habe diese Wahrnehmung nicht gemacht. — Abg. Thilo führt aus, daß der Antrag Bähr auch staatsrechtlich nicht zu begründen sei. — Abg. Windthorst (Weppen) bittet den Justizminister, den Antrag abzulehnen, nachdem der Justizminister entscheidende Gründe der Rechtspolitik geltend gemacht habe. — Abg. v. Rönne nimmt die heutige aus den Kreisen practischer Juristen hervorgehende Literatur gegen den Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit mit Verneinung auf Bornemann, Koch, Köster, Hinfshius und Goldammer in Schutz. — Der Antrag Bähr wird abgelehnt und die Vorlage unverändert genehmigt.

Darauf wird die zweite Verathung des Staatshaushalts-Etats für 1874 fortgesetzt: Etat des Ministeriums des Innern. Bei Capitel 93 Tit. 9 beantragt Reichle die Mehrausgabe von 127,950 Mk. zu Dienstaufwands-Entschädigungen für die Landräthe nicht zu bewilligen und dafür unter den einmaligen Ausgaben 50,000 Mk. zu bewilligen, welche Summe v. d. Goltz eventuell auf 100,000 Mk. erhöhen will. Der Antragsteller weist auf die Bedenken hin, die die im Etat ausgesetzte Erhöhung sehr nach der Einführung der Kreisordnung und beträchtlichen Entlastung der Landraths-Aemter erregen müßte, wogegen ein Vertreter des Ministeriums erklärt, daß die bisher ausgesetzte Summe zur Deckung der Dienstaufwands der Landräthe weder früher noch jetzt genügen könnte, so daß letztere geradezu genüthigt seien, erhebliche Summen aus ihrem Gehalte oder Vermögen zuzuschießen. — Abg. Richter weist darauf hin, daß das Haus eine Erhöhung der unzureichenden Dienstaufwandsentschädigungen für die Landräthe gefordert habe. Man müsse anerkennen, daß die Landräthe mit wenig Kräften in ihrem Bureau verhältnismäßig viel geleistet hätten. Bedenklich sei nur, daß einige Landräthe für die Bureau der Kreisaußschüsse zu viel forberten, z. B. in zwei Westpreussischen Kreisen nahezu 2000 Thlr. (darunter das Gehalt für 3 neue Beamten). Dies entspräche nicht den Umständen, welche man bei Erlaß des Gesetzes gehabt und er zweifle nicht daran, daß der Minister dies bestätigen werde. — Der Minister des Innern: Der Kreis würde sich gegen exorbitante Mehrforderungen der Landräthe sehr wohl dadurch verhalten können, daß er selbst für die Befreiung des Materials und Personals sorgt; außerdem verpflichtet der Minister die Ausübung seiner beauftragten Thätigkeit nicht zu unterlassen und Unbilligkeiten nicht zu dulden. — Abg. Richter: Die Ueberweisung der Fonds für Bureaukosten der Kreisaußschüsse sei in der That eine große Erleichterung für die Landräthe, indem ihnen dadurch 1400 Mk. statt 700 Mk. zugewiesen werden. Im Uebrigen thue eine halbige grundsätzliche Ordnung dieser Sache Noth. Man könne die Bureaukosten nicht auf zwei verschiedene Contos, das des Staates und das des Kreises, theilen. — Nachdem noch von Seiten der Conservativen mehrfache aus der Erfahrung genommene Belege dafür, daß das Bedürfnis einer Erhöhung der Entschädigungssumme in der That nach wie vor existire, vorgebracht worden und Abg. Dr. Braun davor gewarnt hatte, innerhalb eines Provisoriums solche definitive Anordnungen zu treffen, wird der Antrag Reichle abgelehnt und die Position bewilligt.

Im Cap. 96 (Polizei-Verwaltung in Berlin) hat die Regierung die Kosten für 30 Schutze, die in der nächsten Umgebung von Berlin stationirt werden sollen, mit 16,693 Mk. mehr gefordert; die Commission empfiehlt die Streichung dieser Summe; ebenso empfiehlt die Commission im Cap. 97 3268 Mk.

für 2 Polizei-Inspectoren in den Kreisen Teltow und Niederbarnum zu verweigern. — Abg. Dr. Braun: Das kann kein Reich leugnen, daß in keiner europäischen Großstadt eine so miserable Polizei existirt als in Berlin; das kommt von dem Dualismus, daß die Polizei unter dem Ministerium des Innern und des Handels steht. Ein zweiter Grund ist die Mithelligkeit der Polizei wegen der früheren Verwendung derselben zur politischen Spionage und wegen einer gewissen Disposition zur Grobheit. (Weitererleut.) Die Beamten sind sehr leicht geneigt ihren Dienst abzulegen, dem der Richter ein großes Gewicht beilegen muß. Ich will damit den Leuten nicht eine schlechte Absicht bei der Ablegung des Dienstes vorwerfen; aber sie haben mehr die Vergehungen gegen ihre eigene Person, als ihre Vergehungen gegen andere im Gedächtnis. In London ist der polizeiman beim Publikum beliebt, er fühlt sich als Diener des selben, nicht als sein Herr und bei Conflicten tritt das Publikum auf seine Seite. In einem Zeitungsartikel, welcher officiös zu sein schien, wurde neulich die Freizügigkeit als der Grund der jetzigen Zustände angegeben; wenn dieser Artikel von einem Beamten geschrieben ist, so verkennt er die Pflicht der Behörde, die die Gesetze vollziehen, nicht darüber raisonniren soll. In allen andern großen Hauptstädten, die bessere Zustände haben, existirt ja auch die Freizügigkeit und hat so schlechte Wirkungen nicht hervorgebracht. — Der Minister des Innern: Von dem officiösen Artikel weiß ich nichts; ich sehe die Freizügigkeit als absolut nothwendig an und werde niemals die Hand dazu bieten, dieselbe in irgend einer Weise einzuschränken. Die jetzigen Zustände sind auch Folge des Freizügigkeitsgesetzes, sondern des gleichzeitig eingetretenen Zuwachses des Verkehrs. Gegen die Polizei findet man nur Worte des Tadel, niemals der Anerkennung. Wenn der Abg. Braun die Polizei als eine miserable bezeichnet, so streift das nicht mehr bloß an eine Disposition zur Grobheit (Weitererleut), sondern es findet Anlaß im Publikum, und das ist nicht die Art und Weise, das Publikum für die Fortschritte der Polizei günstig zu stimmen. — Abg. Scharnweber vertritt die Forderung der Regierung; die nächste Umgebung einer Stadt wie Berlin bedarf eines besonderen polizeilichen Schutzes, der aber nur wirksam sein kann, wenn ihre Polizeibeamten mit denen der Stadt in directer Verbindung und unter denselben Vorgesetzten stehen.

Präsident v. Bennigsen unterbricht den Redner, um für die Interpellation Raum zu schaffen. — Abg. v. Mallinckrodt: Es ist jetzt nicht 3, sondern fast 3 1/2 Uhr. Wäre es nicht gerathen in der Staatsberathung fortzufahren und die Interpellation auf eine spätere Tagesordnung zu setzen? — Abg. Windthorst (Weppen): 3 1/2 Uhr ist nicht 3 Uhr, und wenn man gleichwohl unter den gegenwärtigen Umständen die Interpellation gegen den Wunsch ihrer Freunde behandeln will, so tritt dabei die Absicht hervor, die trügliche Vertretung der Volksrechte zu effaciren und dazu bieten die liberalen Parteien die Hand! (Wider-spruch). — Abg. Lasker verwarft sich lebhaft gegen diese Imputation, worauf das Haus beschließt, die Staatsberathung abzubrechen und zur Interpellation überzugehen.

Abg. Herr v. Los: Meine Interpellation betrifft zwei der wichtigsten Volksrechte, das Vereins- und Versammlungsrecht. Als vor etwa 1 1/2 Jahren der Verein deutscher Katholiken (Münchener Katholikenverein) entstand, erhob sich gegen denselben in der liberalen Presse ein großer Lärm. An die Irreligiosität, mit welcher die liberale Presse katholische Angelegenheiten behandelt, sind wir zu sehr gewöhnt, als daß wir uns dadurch weiter beunruhigen ließen. Anders aber ist es, wenn die Regierung ähnliche Wege der Bedrückung einschlägt. Als nämlich dieser Verein erst kurze Zeit in's Leben getreten war, da wurden auch amtliche Erlasse der Provinzialbehörden bekannt, welche in unwahrer Weise denselben beschuldigten. (Redner verliest mehrere Erlasse, welche dem Verein eine unpatriotische Tendenz vorwerfen.) Die völlige Unbegreiflichkeit dieser Beschuldigung geht aus den Statuten des Vereins hervor, deren § 1 den Zweck dahin festsetzt, daß der Verein die Vertheilung der Freiheit und Rechte der katholischen Kirche, die Geltendmachung der christlichen Principien und der Gebote der Sittlichkeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, die Ausübung der verfassungsmäßigen Rechte mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln übernimmt. Ist das unpatriotisch, wenn man eine nach göttlichen und staatlichen Gesetzen zu Recht bestehende Kirche vertheidigt? Man müßte sich dann gerade vorgenommen haben, die Kirche zu Grunde zu richten (obso! links), oder die Politik einer Regierung acceptiren, welche einen Kampf mit der Kirche auf Leben und Tod führen will. (Unruhe links.) Der Verein schlägt nur ein Band um das deutsche katholische Volk und erleichtert ihm die Geltendmachung seiner Rechte. Glauben Sie nicht, daß Sie mit Unterdrückung des Vereins auch das katholische Volk unterdrücken werden. Auch ohne diesen Verein wird es erkennen, daß durch Ausnahmsgesetze, wie das Jesuitengesetz, die Waigeseze u. s. w. die katholische Kirche unterdrückt werde, und wird sich dagegen mit allen gesetzlichen Mitteln zur Wehr setzen. (Der Redner, der unter vielfachem Widerspruch des Hauses, mannigfachen Unterbrechungen und Mahnungen des Präsidenten zur Sache zu kommen verspricht, wird zuweilen bei der allgemein werdenden laut geführten Conversation völlig unverständlich. Wir hören aber noch folgende Sätze): Das Treiben des Katholikenvereins war durchweg offen, seine Geschäftsführer besorgten die Geschäfte des Vereins, wie es überall geschieht; gleichwohl wurde ein Telegramm einer Verammlung an Antonelli vom Telegraphenbeamten zurückgewiesen und einzelne Briefe in Vereins-sachen kamen in einem Zustande an, als wäre etwas herausgefallen und der eheliche Funder hätte es an die Polizei abgeliefert. Die lokalen Tendenzen des Vereins und seiner Führer, ihre militärische Ehre wird beleidigt; er, der Redner, hat als Offizier die Revolution in der Pfalz bekämpft, wo die Aufständischen unter Bamberger hockten. Der Redner erzählt dann von den zahlreichen Excessen, die die katholischen Versammlungen hätten erleiden müssen und der völlig ungleichartigen Behandlung, die sie in Aachen, Trier und anderen Städten erfahren mußten. Die Verammlung in Eitorf wurde am 6. d. M. durch den Bürgermeister aus dem Grunde aufgelöst, weil hier so viel gelogen wurde.“ (Redner hat 1 1/2 Stunden gesprochen.) — Der Minister des Innern: Zunächst werde ich gefragt, ob es der Staatsregierung bekannt ist, daß Verfügungen wegen der Theilnahme der Beamten an diesen Vereinen erlassen sind. Die Regierung weiß, daß dergleichen geschieht, der Wortlaut der Verfügungen ist mir nicht bekannt. Zweitens wird gefragt, ob die Regierung Kenntnis hat von mehreren Auflösungen der Versammlungen des Katholikenvereins. Von allen diesen Dingen weiß ich nichts; es ist keine einzige Befehlsurtheil bis zu mir gekommen. Das kann ich aber versichern, daß bei der Handhabung des Vereinsgesetzes außerordentlich präcise verfahren wird, und wenn nicht eine flagrante Thatfache für die Auflösung vorliegt, dieselbe reprobiert wird. Drittens spricht der Interpellant von Beschuldigungen mancherlei Art, welche Inhalt der Verfügungen sein sollen. Um den Verein zu charakterisiren, hat der Interpellant nur gewisse Paragraphen des Statuts verlesen, die ganz natürlich nur unschuldige Dinge enthalten müssen, weil sonst das Strafgesetzbuch dem Zustandekommen des Vereins entgegengetreten würde. Es kann sich nur darum handeln, ob dieser Verein innerhalb seiner Statuten eine Haltung einnimmt, die, wenn sie nicht criminalrechtlich verfolgbar, doch jedenfalls im eminenten Sinne als staatsfeindlich und

Impatriotisch anzusehen ist. Es giebt zu diesem Statut Motive, die ich in dem Auftrage finde, welchen der Kaiser Katholikentum am 8. Juli 1872 erlassen hat und unter dessen Vorwand in erster Reihe der Name des Interpellanten steht. (Der Minister verliest eine Stelle des Auftrags, in welcher gesagt wird, die Regierung begünstige die Spaltung innerhalb der katholischen Kirche, selbst auf die Gefahr hin, dem gläubigen katholischen Volke ein großes Vergehen zu geben; Sacrilegien, welche das Strafgericht Gottes veranlassen, würden gefesselt autorisiert; man mische sich in die lehrantliche Thätigkeit der Kirche u. s. w.) Ob dieser Verein nicht mindestens den Charakter der Staatsfeindschaft hat (obwohl im Centrum) und ob er den Titel des Unpatriotischen nicht verdient, stelle ich Ihrer Erwägung anheim. Die Regierung hält diesen Verein für staatsfeindlich, und hat sie darin Recht, so hat sie auch die Pflicht, ihren Beamten zu verbieten, daran Theil zu nehmen. Ich acceptire die Berufung darauf, dass die Staatsbürgerliche Rechte nicht; diese werden auf die Beamten durch ihre Standespflichten in gewissem Maße eingeschränkt. (Hört! hört!) Die Eigenschaft eines Beamten geht der eines preussischen Unterthanen vor. Diesen Grund hat haben wir immer gehandhabt und werden wir immer handhaben müssen. Wenn ich also darauf antworten soll, was denkt die Regierung weiter zu thun, so muß ich sagen: die Regierung ist mit dem Vorgehen der Provinzialbehörden einverstanden, wird sie darin aufrecht erhalten und wird erwägen, — es ist eigentümlich, daß gerade der Herr Interpellant die Sache aufnimmt — ob solche Anforderungen nicht auch an denjenigen Beamten zu stellen sind, die jetzt zur Disposition auf Wartegeld stehen. (Heiterkeit.) — Nächste Sitzung Dienstag.

Danzig, 26. Januar.

* Nachdem jetzt in den frequentesten Straßen das Nöthige in Betreff der Entfernung der Vorbauten und Beischläge geschehen, steht nunmehr, wie wir erfahren, eine behördliche Anordnung in unmittelbarer Aussicht, welche die schleunige Entfernung der hölzernen Kellerlufen fordert, die in der Langgasse und besonders in der Hundegasse noch an vielen Stellen sechs und mehr Fuß auf das Trottoir reichen. Es wird mit Strenge auf die polizeilichen Vorschriften gehalten werden, welche nur eiserne Kellerlufen gestatten, die nicht weiter als 2½ Fuß aus der Straßenfront herausragen.

* Der Ausschuss des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege hat in einer am Sonntag in Berlin stattgehabten Versammlung beschlossen, den nächsten Congress im September dieses Jahres in Danzig abzuhalten.

* Da der Pfarrer Schwalm in Alt-Schottland auf längere Zeit wegen Krankheit beurlaubt war, und dessen kirchliche Functionen während dieser Zeit von dem gesperrten Vicar Semrau versehen wurden, so wurde von der Behörde angenommen, daß der Letztere sich auch im vorübergehenden Besitz der Pfarrgrundstücke befinde. Es war deshalb gegen den r. Semrau die gerichtliche Ermäßigung angeordnet worden. Weil aber dagegen vorgebracht wurde, daß sich die Pfarrgrundstücke noch im Besitz des Pfarrers Schwalm befinden, der dem gesperrten Vicar nur freie Wohnung gewährt, so ist die bereits angeordnete Ermäßigung des Semrau rückgängig gemacht worden.

* Ueber die neu von uns erwähnte Verfügung des Cultusministers geht uns noch folgendes Nähere zu: Es ist vielfach als ein Mißstand empfunden worden, daß die gesetzwidrig angestellten Geistlichen ungeachtet der Bekanntmachung an die Gemeinden über die Gefeswidrigkeit der Anstellung und deren Folgen, sowie ungeachtet der Verwarnung, welche dem Geistlichen selbst erteilt wird, von dem Amte und zwar sowohl von dem Officiu, als auch von dem Beneficium Besitz ergreifen und wochen- ja monatelang im Widerspruch mit den Vorschriften der Landesgesetzgebung antreten, bevor endlich eine Geldstrafe im Wege der strafrechtlichen Untersuchung gegen sie festgesetzt wird. Um diesen Uebelstand zu beseitigen, hat der Cultus-Minister allgemein für den ganzen Umfang der Monarchie bezüglich aller Parochien landesherrlichen Patronats die Anordnung getroffen, daß die Pfarr-etablissemens in derartigen Parochien nur solchen Geistlichen übergeben werden dürfen, bei deren Anstellung oder commendatorischer Bestellung den Vorschriften des Gesetzes vom 11. Mai v. J., betreffend die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen genügt ist. Diefelbe ist den Landräthen für alle derartigen Fälle die Wahrnehmung der Rechte des landesherrlichen Patronats übertragen und sind dieselben angewiesen, sofort bei eintretender Vacanz einer landesherrlichen Patronatsstelle in Gemeinschaft mit dem kirchlichen Vorstände oder falls derselbe eine Mitwirkung verweigert, allein eine vorläufige Beschlagnahme des Pfarr-etablissemens vorzunehmen, für die Verwaltung desselben durch den Kirchenvorstand oder bei dessen Weigerung durch Bestellung eines anderweitigen geeigneten Sequestors Sorge zu tragen und das Pfarr-etablissemens nicht eher frei zu geben, als bis ein gesetzmäßig bestellter, also auch allein zur Uebernahme berechtigter Geistlicher vorhanden sein wird. Außerdem haben die Landräthe dafür zu sorgen, daß ein gesetzwidrig angestellter Geistlicher von der Verwaltung des Kirchenvorstandes ferngehalten und keinerlei Zahlungen aus der Kirchen-Kasse an einen solchen geleistet werden.

m. [Selonke's Theater.] Das alte Volksstück „Die Fieber des Wustfanten“ behält noch immer seinen eigentümlichen Reiz. Dr. War in der Hauptrolle spielte recht wacker, der ruhige seelenvolle Charakter wurde von ihm in allen seinen Theilen lebendig wiedergegeben; Hr. Schulz gelang es weniger, sich in Bezug auf Betonung und Darstellung mit dem bauerntölpeligen Martin Winter Geltung zu verschaffen; die letzten Scenen in der dritten Abtheilung führte er lobenswerth durch. Von den übrigen Darstellern ist die Leistung der Herren Regendant (Puff), Friedberg (Johst), Engelhardt (Eckard) und Frau Regendant (Christine) anerkennenswerth.

* Herr Director Salamonski hat sich bereits jetzt um die Erlaubnis beworben und dieselbe erhalten, in nächsten Sommer hier mit seiner Kunsttroupe Vorstellungen zu geben. Ein gleiches, aber bisher eingegangenes Gesuch des Herrn Director Renz hat in Folge dessen keine Berücksichtigung finden können.

* In Neu-Schottland wird eine neue Dampfabrik angelegt werden.

* Nach dem „A. Reichsanz.“ ist der Sec.-Rat v. Killesheim, vom 4. Ditzr. Gen.-Reg. No. 5, unter dem gesetzlichen Vorbehalt ausgeschieden.

* (Schwurgerichtsverhandlung am 24. Jan.) Am 28. October v. J. um die Mittagszeit entstand auf dem Strohdache des Hauses der Witwe Marquardt in Brentan Feuer, welches sofort bemerkt und gelöscht wurde. Der bei der r. Marquardt zur Miete wohnende Arbeiter Michael Wirsbich ist angeklagt, diesen Brand vorfänglich angelegt zu haben. Die Geschwornen gewannen aus der Verhandlung nicht die Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten und sprachen deshalb das Nichtschuldig aus, worauf seine Freisprechung erfolgte. — Am 1. December v. J. Abends wurde der Arbeiter Gustav von hier, nachdem er aus dem Steiffischen Schanklokal in der Schmiedegasse gekommen und an der Ecke der Halbgasse angelangt war, von dem Arbeiter Friedrich Rossi und dem Steiniegeher Wilhelm Schmidt angehalten. Beide faßten ihn je unter einem Arm, hielten ihn daran so fest, daß er die Arme nicht bewegen konnte, monochirte Rossi unter seiner, des Gasse, Mause griff, dessen daselbst an einer starken Schuur befestigte Uhr ergriff und an dieselbe mit solcher Gewalt zerrte, daß die Schraube des Ringes an derselben herabgerissen wurde. Mit der Uhr liefen die beiden Männer demnach fort. Diefelben waren bereits im Schanklokal bemerkt gewesen den Gasse betreten zu machen, um ihm dies nicht gelang, entfernten sie sich und lauerten ihr Opfer an der Ecke der Halbgasse ab. Beide sind offenbar betrunken gewesen, jedoch nicht so, daß die Erkenntnis der Strafbarkeit ihrer Handlung ausgeschlossen wäre. Dagegen nahmen die Geschwornen mitbernde Umstände an, weshalb sie der Gerichtshof wegen Straßenraubes mit je 2 Jahren Gefängnis straffte.

* Die am 24. d. M. beendigte Schwurgerichtsperiode umfaßte 12 Sitzungstage, in welchen 17 Anklageprozeße wegen 43 Verbrechen resp. Vergehen gegen 32 Personen (31 männliche und 1 weibliche) verhandelt wurden. Verurteilt wurden 3 Anklageprozeße wegen 5 Verbrechen, gegen 5 Personen. Durch Geständnis wurden erledigt 5 Verbrechen. 33 Fälle kamen zur Entscheidung der Geschwornen. Der Ausspruch lautete: in 30 Fällen auf schuldig nach der Anklage, in 1 Falle auf schuldig eines andern Verbrechens, in 1 Falle auf schuldig eines Vergehens, in 1 Falle auf Nichtschuldig. In 9 Fällen bejahten, in 3 Fällen verneinten sie das Vorhandensein von mitbernden Umständen; in 2 Fällen gaben sie ihr Verdict mit 7 gegen 5 Stimmen ab; der Gerichtshof trat in beiden Fällen der Majorität bei. In 8 Fällen lautete ihr Ausspruch gegen den Antrag der Anklage. Von der Anzahl bejahten sich 1 im Alter unter 18 Jahren, 7 im Alter zwischen 18 bis 24 Jahren, 14 zwischen 24 bis 40, 5 zwischen 40 bis 60 Jahren; 13 gehören der evangelischen, 14 der katholischen Kirche, 15 dem verheirateten, 12 dem unverheirateten Stande an. Von den männlichen Angeklagten gehören 18 dem Arbeiter-, 2 dem Gesellen-, 4 dem Banwerker- und 2 dem Handelsstande an. Verurteilt wurden 15 Personen zu 50 Jahren 2 Monaten Gefängnis, 11 Personen zu 7 Jahren 2½ Monat Gefängnis, zusammen 57 Jahren 4½ Monat, und zwar: wegen Meineides 2 Personen, wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode 5 Personen, wegen schweren in wiederholten Fällen verübten Diebstahls 10 Personen, wegen Raubes 5 Personen, wegen anderer Verbrechen 5, wegen Hehlerei 1 Person. Freigesprochen wurde 1 Person von der Anklage der vorsätzlichen Brandstiftung.

* Traject über die Weichsel. Nach der auf dem k. Hofbahnposten ausgehängten Tafel: Terespol-Culm per fliegende Fähre. Varlubien-Graben per Kahn bei Tag und Nacht. Gerswin-Marienerwerder per Kahn bei Tag und Nacht.

* Vom 1. Februar d. J. ab erhalten die Personenposten von Terespol nach Culm folgenden Gang: aus Terespol 8 U. 20 M. früh, 11 U. 30 M. Vorm., 5 U. 30 M. Nachm., 7 U. 30 M. Abends, 9 U. 50 M. Abends. Eine Umkehrung in dem Gange der Posten von Culm nach Terespol tritt ein.

○ Schwes, 25. Jan. Auf den 11. Februar. J. ist hier ein Kreistag anberaumt worden. Unter den Vorlagen sind folgende hervorzuheben: 1) Vorlegung der Stizzen und des Kostenantrages zum Kreisbau und Weichselbau über die Aufbringung der noch fehlenden Mittel. 2) Antrag auf Ertheilung von Unterstützung an die vielen im Kreise sich befindlichen Landbauern. 3) Gutachten über Constatierung einzelner Colonien und Gemeinden zu selbstständigen Bezirken und Gemeinden. 4) Beschlussefassung über Auflösung oder Fortbestehen der verschiedenen kreisständigen Commissionen. 5) Renoual der Vorstandsmitglieder der Kreis-Spar-Kasse und Antrag auf Herabsetzung des von der Sparkasse gezahlten Zinsfußes. 6) Vorlegung einer an den Landtag zu richtenden Petition in Betreff der Gruben- und Kalkwerke Eisenbahn. Die von dem Kreistage zu kreisdeputirten erwählten Herren: Landtagsabgeordn. Eben auf Eisen- und Güterbesitzer Wiffelind auf Tachau sind für eine jährliche Amtsdauer vom 1. Januar cr. ab als solche befristet.

○ Tschel, 24. Jan. Der Rittergutsbesitzer Graf von Königsmarkt zu Camniz ließ bisher in einem unmittelbarer mit seinem Schloß zusammenhängenden Kirchlein, welches gleichzeitig auch sein Eigenthum ist, Gottesdienst abhalten, wozu er indeß auch verpflichtet sein soll. Während früher das unserm Geistlichen oblag, hat jetzt Camniz für sich allein einen Prediger. Da nun zu dieser Pfarre viele angrenzenden Dörflchen gehören, so ist das Kirchlein zu klein und man hat deshalb schon seit einigen Jahren über den Bau einer neuen Kirche verhandelt. Leider aber fehlte es immer am nöthigen Gelde dazu. Vor ungefähr 1½ Jahren hat nun die Wühlebesserin, Wittwe Duntel zu Mattilen-Mühle, welche gleichfalls zur Camnitzer Pfarre gehört, durch den plötzlichen Tod ihres einzigen Sohnes und Kindes dazu bemogen, 10,000 R. zum Bane dieser Kirche unter der Bedingung geschenkt, daß dieselbe entweder in Dagnis oder Gr. Clonia erbaut werde. Der Graf dagegen will sie in seinem Dorf haben, hat aber so unbedeutende Versprechungen gemacht, daß sein Wunsch nicht erfüllt werden kann. Und da nun die letzten kirchlichen Wahlen ebenfalls auch nicht zum Wohlfallen des Grafen ausgefallen sind, ließ er den darauf folgenden Sonntag die Kirche zur Abhaltung des Gottesdienstes nicht öffnen; Pfarrer und Kirchengänge mußten unverrichtete Tische nach Hause geben. Am letzten Sonntag nun wollte der Pfarrer in der Schule zu Kl. Clonia, die nicht ganz Eigenthum des Grafen ist, Andacht halten; allein auch da ließ man Niemand hinein; ein Polizeibeamter des Grafen hielt Wache. Die Andacht wurde nun ungeführt in der Wohnung des Pfarers förmlich abgehalten. Der Pfarrer ist in dieser Angelegenheit bereits nach Berlin gereist, wo auch der Baron von Gr. Clonia zur Zeit sich aufhält. Man ist gespannt, was dieselben dort ausrichten werden.

— Das Staats-Bohrwerk Nordticken bei St. Lorenz am Bernsteinbrunne, seit Jahr und Tag angelegt und in Gang erhalten, ist in letzter Zeit auf die den Bernstein enthaltende blaue Thonschicht gekommen (also in einer fentredten Tiefe von über 40 Meter (ca. 120 Fuß). Was bei den Bohrungen mitten im Samlande vorausgesetzt wurde, das haben hier überall und in einer gewissen Tiefe den Bernstein eben so gut und eben so reichhaltig wie bei den Grabungen dicht am Strande vorfinden würde, ist eingetroffen, man ist auf reiche Bernsteinfelder gestoßen. Man ist zur Zeit dabei, den zweiten Schacht zu graben.

* Bromberg, 26. Jan. Der Antrag auf dem letzten Provinzial-Landtage der Provinz Preußen wegen Theilung der Provinz in Ost- und Westpreußen hat auch hier Sympathien dafür erweckt. Schon in den Jahren 1848 und 1849 wurde die Frage vielfach ventilirt, diejenigen Theile der Provinz Polen, welche nach der ersten Theilung Polens zu Westpreußen geschlagen und erst später der Provinz Polen einverleibt wurden, also den ganzen Regbistrict, wieder in den Verband Westpreußens aufzunehmen. Diese Frage ist nun jetzt wieder in hiesigen städtischen Verwaltungskreisen auf's Neue zur Sprache gekommen. Wenn der Antrag auf Theilung der Provinz Preußen in der jetzigen Landtags-Session durchgehen sollte, so beabsichtigt man Anträge wegen Einverleibung des früheren Regbistricts, der jetzt zur Provinz Polen gehört, in den Provinzial-Verband Westpreußen's zu stellen. Fast der ganze Handel und Wandel, so wie die Verhältnisse der Regbistricts neigen sich mehr zu dem seiner ganzen Länge nach nahe angrenzenden Westpreußen als nach dem weiter entfernten Posener Districten hin. — Das langjährige Project, einen geräumigen Hafen an der Mündung der Brabe in die Weichsel anzulegen zur sicheren Ueberwinterung von Kähnen und Holzflößen und Unterbringung letzterer während Hochwassers der Weichsel im Sommer, ist in eine neue Phase getreten. Auf Anregung des Herrn Ministers ist ein neuer Kostenanschlag angefertigt worden, der sich theils durch die inzwischen wesentlich gestiegenen Baumaterialien, Preise und Arbeitslöhne, theils durch nöthig erscheinende umfangreichere Bauten erheblich höher als der frühere stellt. Augenblicklich findet in Berlin eine Versammlung des von mehreren Jahren sich für diese Angelegenheit gebildeten Comites aus hiesigen, Posener, Stettiner, Berliner und Hamburger Kaufleuten statt. Verwaltungsbeamten und Technikern bestehend, um das neue Project zu erörtern und weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu veranlassen.

zu stellen. Fast der ganze Handel und Wandel, so wie die Verhältnisse der Regbistricts neigen sich mehr zu dem seiner ganzen Länge nach nahe angrenzenden Westpreußen als nach dem weiter entfernten Posener Districten hin. — Das langjährige Project, einen geräumigen Hafen an der Mündung der Brabe in die Weichsel anzulegen zur sicheren Ueberwinterung von Kähnen und Holzflößen und Unterbringung letzterer während Hochwassers der Weichsel im Sommer, ist in eine neue Phase getreten. Auf Anregung des Herrn Ministers ist ein neuer Kostenanschlag angefertigt worden, der sich theils durch die inzwischen wesentlich gestiegenen Baumaterialien, Preise und Arbeitslöhne, theils durch nöthig erscheinende umfangreichere Bauten erheblich höher als der frühere stellt. Augenblicklich findet in Berlin eine Versammlung des von mehreren Jahren sich für diese Angelegenheit gebildeten Comites aus hiesigen, Posener, Stettiner, Berliner und Hamburger Kaufleuten statt. Verwaltungsbeamten und Technikern bestehend, um das neue Project zu erörtern und weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu veranlassen.

Bermischtes.

Berlin. Das Denkmal für den verstorbenen Professor v. Grafe wird, wie die „Trib.“ hört, nun alsbald in Angriff genommen werden können. Die dazu erforderlichen Geber sind gesichert, 13,000 Thlr. baar bereits gezeichnet.

Berlin. Paul Heyse's neuer Roman: „Die Kinder der Welt“ — so schreibt die „Volksztg.“ — ist auf den 3. d. M., aber nicht Noms sondern des protestantischen Minderthums gesetzt worden. Der hiesige Prediger Hülle hat öffentlich vor dem Lesen des Buches gewarnt.

— Herr Richard Tüschmann hat kürzlich in Leipzig unter großem Beifalle Recitationen classischer Dramen gegeben. In den nächsten Tagen geben der Künstler seine eigenartigen Darstellungen in Wien zu veranstalten.

— Ein biederer Landmann aus Alchemie erzählte einem Stäbter: „Da haben sie mir drei Bahlzettel ins Haus geschickt, den für Gras (nat.-lib.) und zwei für Most (Soc.-Dem.). Was haben Sie denn damit angefangen? fragte der Stäbter. „Nun, den für Gras habe ich behalten, und die zwei anderen habe ich meinen Knechten gegeben, für die ist der Most gut genug.“

— Man schreibt der „Trib.“ aus Prag: „Eine Anzahl von Arbeitern der Strousberg'schen Domäne Bhirow hat den Beschlus gefaßt, eine Deputation an den Statthalter Baron Koller zu senden, mit der Bitte, die Regierung möge sich der Arbeiter der genannten Domäne annehmen, da Dr. Strousberg vielen derselben seit Monaten keine Löhne zahlt und jede Woche mit solcher Rücksichtslosigkeit Entlassungen vornimmt, daß daraus die traurigsten Folgen für die ganze Gegend zu befürchten stehen. Wie es übrigens heißt, ist der definitive Verlauf von Bhirow nur noch eine Frage von wenigen Wochen, da die bezüglichen Verhandlungen bereits im Zuge sind.“

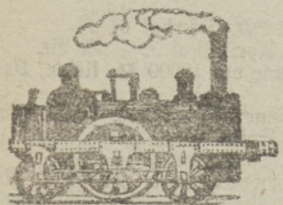
Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 26. Januar. Angekommen Abends 5½ Uhr.

Grs. v.24.		Grs.v.24.			
Weizen		Pr. Staatsfchld.	92	92	
Januar	864/8	854/8	WPr. 31/2% RfBd.	82	82 1/2
April-Mai	88	87 1/4	do. % do.	93	92 1/8
do. gelb	87	86 1/4	do. 4 1/2% do.	101 1/8	101 1/4
Rogg. behpt.			Danz. Wanderein	69	69
Januar	61 1/8	61 1/8	Rombardenfch.Gp.	95	94 3/8
April-Mai	62 1/8	62 1/8	Frankenlos	198 1/2	197 1/8
Mai-Juni	62 1/8	62 1/8	Rumänien	40 1/8	39 1/8
Petroleum			Neue franz. 5% A.	92 1/8	92 1/8
Januar			Oester. Creditanft.	143	141 1/8
Jan. 200 fl.	91 1/2	91 1/2	Lützen (5%)	41 3/4	41
Rüböl w.p.-Mai	20 1/4	20 1/4	Oest. Silberrente	66	65 1/8
Spiritus			Russ. Banknoten	91 1/8	91 1/8
Januar	21	21	Oest. Banknoten	88 1/8	88 1/8
April-Mai	22	21	Wesfälers. Bond.	—	62 1/2
Pr. 4% conf.	105 1/4	105 1/8			

Heute 4 1/2 Uhr Morgens wurden wir durch die glückliche Geburt eines gesunden Töchterchens erfreut.
Danzig, den 25. Januar 1874.
Th. A. Janßen und Frau.

Bekanntmachung.
Der Kaufmann Eduard Grimm hieselbst ist zum definitiven Verwalter der S. G. Orl'schen Concursmasse ernannt.
Danzig, den 22. Januar 1874.
Königl. Stadt- und Kreis-Gericht.
1. Abtheilung. (5139)



Vom 1. Februar cr. ab tritt zwischen den Stationen Danzig, Neufahrwasser, Elbing und Königsberg einerseits und den Stationen Pesti und Steinbruch andererseits ein Verband-Güter-Verkehr via Bromberg-Inowracław-Dierberg-Marchegg in Kraft. Exemplare dieses Tarifs sind bei den Verbandsstationen käuflich zu haben.
Bromberg, den 14. Januar 1874.

Königliche Direction der Ostbahn.

Die Reichshallen-Polka

von H. Fliege.
Preis 10 Sgr.
Neueste und beliebteste Polka der Saison; im Concert-Saal der Reichshallen in Berlin täglich mit großem Beifall gespielt. Vorräthig bei
H. Kohlke,
Musikhandlung, 74. Langgasse.

Die Erneuerung der Loose zur 2ten Klasse 149. Lotterie, welche spätestens am 6. Februar erfolgen muß, bringe hierdurch in Erinnerung.
5194)

S. Rogoll.
Dopp. italienische Buchführung, englische und französische Handels-correspondenz lehrt praktisch und gründlich.
E. Klitzkowski,
verleid. Revisor.

Stearin- und Paraffin-Lichte

aus den renomirtesten Fabriken, in allen gängbaren Packungen u. Qualitäten, empfiehlt zu Fabrikpreisen
Richard Lenz,
Brodtkantengasse 48, vis-à-vis der Gr. Krämergasse.

Alfenide-Waaren-Lager

empfehle zu Gelegenheitspreisen jeder Art zu den billigsten Preisen.
F. Fürstenberg.
Ersten Damm 13,
Ecke der Heiligengeistgasse.

Für Raucher.

Einen großen Posten Manilla-Megalia empfehle für den billigen Preis pr. Mille 16 Thlr.
Adalbert Kleist.

Vorz. Schweizerkäse

empfehle
M. Klein,
Heiligengeistgasse No. 1.
Algier. Blumenkohl,
Kopf-Salat,
Radieschen,
Teltower Rübchen,
Sauerkohl,
conservirtes Gemüse,
Julienne (Suppen-Gemüse)
empfehle
A. Fast, Langenmarkt 34.

Zu Maskenbällen

trafen die feinsten Costüme für Damen und Herren in reichster Auswahl bei mir ein.
E. Krause,
Heiligengeistgasse No. 99.
2500 St. sind zu 6 % Mitte Februar d. J. hypothekarisch, duplicirt sicher, zu begeben. Näheres unter 5200 in der Exped. d. Btg.

Selonke's Theater.

Dienstag, den 27. Januar 1874

Monstre-Concert

von sämtlichen Musikcorps der Garnison Danzig und Theater-Vorstellung.

1. Abtheilung: Infanterie-Musik.

Ouverture z. Op.: „Oberon“ von C. M. von Weber.
Fantasie aus: „Norma“ von Rossini.
Finale a. d. Op.: „Die Jüdin“ von Halevy.

2. Abtheilung: Cavallerie-Musik.

Verführungschor und Waffenweise a. d. Op.: „Die Hugenotten“ v. Meyerbeer.
Duett des 4. Acts a. d. Op.: „Der Troubadour“ von Verdi.
Potpourri über National-Melodien von Wieprecht.
„Gavotte“ von C. M. Fliege.

Pause.

Junge Männer alte Weiber.

Berganoff: „Die Heimkehr“ von Heiser.

Frau Schade-Winkelmann: Rect. u. Ric a. d. Op.: „Die Regimentstochter“ von Donizetti.

Frl. Grube: „Cosmopolitana“.

Pause.

Sämtliche Musikcorps.

Feit-Marsch a. d. Op.: „Albala“ von Mendelssohn.

Ouverture z. d. Op.: „Tannhäuser“ von C. M. v. Weber.

Fantasie aus dem „Pariser Leben“ von Offenbach.

Preise: Fremden-Poge 12 Sgr. 6 Pf., 1. Rang-Poge 10 Sgr., Sperrpits und 2. Rang-Poge 7 Sgr. 6 Pf., Parterre 5 Sgr., Amphitheater 3 Sgr., Gallerie 2 Sgr.

Zu Hochzeiten, größeren oder kleineren Dinners und Soupers empfehle außer meinem Apollo-Saal und meinen übrigen Lokalen einen ganz neu und elegant eingerichteten parterre gelegenen Saal, welcher sich zu obigen Zwecken vorzugsweise eignet.
5121)

C. Jul. Dirschauer.
Hôtel du Nord.

Bettfedern und Daunnen.

C. A. Lotzin Söhne, 14. Langgasse 14.

Leinen-,
Drell-, Damast- u. Baumwoll-
Waaren-Handlung.
Magazin
für Braut- u. Kinder-Ausstattungen.
Tisch-, Leib- und Bettwäsche.
Oberhemden

nach französischem System, nach Maß unter Garantie des Eigens.
Herren-, Damen- u. Kinderwäsche
stets vorräthig.

Gardinen-Lager.
Tricotagen.
Wollene, Stepp- und Bettdecken,
Kragen und Stulpen
für Herren, Damen und Kinder.
Anfertigung completer Aussteuern unter streng
reeller billigster Bedienung.

Jupons, Tournuren u. Corsets.

Hypothekencapitalien

hat in größeren Posten, mit und ohne Amortisation, auf Güter für Institute zu begeben
T. Tesmer, Langgasse 29. General-Agent der deutschen Hypothekenbank. (4963)

Leber-Trüffel-
Gothaer Cervelat- und
Salami-Würste
empfehle
G. A. Rehan.

Schwarzen Pfeffer
offerirt billigst
G. A. Rehan.

Chester-Käse,
Edamer
Emmenth. Schweiz.-Käse
Holländ. Süsmilch-Käse,
Grünen Kräuter-Käse,
Echten Limburger Käse
empfehle
Carl Schnarcke.

Ital. Maronen,
Teltower Rübchen,
Astrach. Schotenkerne
empfehle
Carl Schnarcke.

E in tafelförmiges Pianoforte von gutem
Ton ist Breitgasse 61, 2 Treppen, für
den Preis von 80 Thlr. zu verkaufen.

Arnold Nahgel,
Schmiedegasse 21 (Schwarz Bärchen),
nahe dem Holmarkt.
(*) Nicht Copenhager Waare, wie in der
gestr. Nummer d. Btg. inferirt war.

Catharinen-Pflanzen
empfehle
A. Fast, Langenmarkt 34.

Neue Sendung
Goth. Cervelat-Wurst,
Astrach. Perl-Caviar,
Neufchâtel Käse
empfehle
Carl Schnarcke.

Mix Pickles,
Pickalilli,
Sardines à l'huile,
Engl. Saucen
empfehle
Carl Schnarcke.

Petroleum,
prima Qualität,
dopp. raff. Rüböl,
besten Copenhager Thran*)
empfehle billigst
Arnold Nahgel,

Schmiedegasse 21 (Schwarz Bärchen),
nahe dem Holmarkt.
(*) Nicht Copenhager Waare, wie in der
gestr. Nummer d. Btg. inferirt war.

Catharinen-Pflanzen
empfehle
A. Fast, Langenmarkt 34.

Louis Willdorff,

Biegeengasse No. 5,

empf. fein großes,
elegante Masken-
Garderoben-Ka-
ger für Herren u.
Damen, so wie
Möbelschmuck, Do-
minos u. Gesichtsmas-
ken jeder Art.
Bestellungen auf zu fertige Masken-
Garderobe werden von meiner aus Köln
a. R. eingetroffenen Directrice geschmackvoll
ausgeführt. (5175)

Louis Willdorff,

Biegeengasse 5.

So eben erhielt ich
eine Sendung neuer
eleganter Maskenan-
züge für Herren und
Damen, welche ich zu
den Maskenbällen bestens
empfehle.

H. Volkmann,

Maschinen- und
Domino-, Möbelschmuck, Gesichtsmas-
ken und Bärte.

Für 1 Thlr. 15 Sgr.

gebe ich leihweise zu der
am 31. d. Mts. statt-
findenden
Redoute
im
Schützenhause
Billet, Kutte und
Larve.

Max Cohn, 1. Damm No. 10.

Wiener Würstchen à la Rieße in Berlin

täglich frisch, sowie Bouillon, Pasteten und
Canapés, sämtliche Biere und alle übrigen
Getränke empfiehlt
Th. Becker, Heil. Geistg. 24, Biegeeng. Ecke.

Außerdem empfehle ich mein elegantes
Billard zur gefälligen Benutzung.
Von heute ab zahlen für reine blaue
Petroleum-Gebinde den höchsten
Preis (5136)

L. Haurwitz & Co.,
Asphalt- und Dachpappen-Fabrik,
Langenmarkt 21.

Bestes, reines Bienenwachs offerirt
S. S. Zimmermann, Langenmarkt.

Ein undressirter
Jagdhund
ist Kasubischen Markt No. 1
zu verkaufen.

Grundstücks-Verkauf.

Freitag, den 6. Februar c. Nach-
mittags 4 Uhr, soll im Auktions-Bureau
Heil. Geistgasse 76

der Grundstück-Complex des Rentier
Herrn Heinrich Schmidt, Hintergasse
No. 1 des Hypotheknbuches, No. 19 u.
20 der Servis-Anlage im Auftrage des
selben unter den im Bureau zu ein-
zuführenden Bedingungen ausgeteilt
und versteigert werden.

Das Grundstück hat eine Frontlänge
von ca. 85 Fuß, ist theilweise mit Canali-
sation und Wasserleitung versehen und
gewährt in seinen bisherigen Einrichtungen
schon eine respectable Rente, die jedoch durch
Verbesserungen noch erheblich gesteigert
werden kann. Dasselbe dürfte sich auch
außer zu Wohnzwecken zu größergewerblichen
Anlagen qualificiren, begünstigt durch die
Verbreiterung der Straße nach Abbruch des
Gebäudes. Die Versteigerung kann in den
Vormittagsstunden von 9 bis 11 Uhr unter
Vorstellung in No. 19 stattfinden.

Nothwanger, Auctionator.
Thlr. 10,000 sind sofort z. 1. Stelle
zu begeben. Adr. bitte sub 5080 in der Ex-
pedition dieser Zeitung einzureichen.

Thlr. 9000 w. bis z. 1. April a. c.
oder früher z. 1. St. ge-
sucht. Adr. unter 5081 in d. Exp. d. Btg.

Hypotheken-Capitalien

zur ersten Stelle im Betrage von 10-
12,000 R. sind zu begeben im Comtoir Lan-
genmarkt 6.

Ich suche einen tüch-
tigen Uhrmachergehil-
fen. W. Manneck
Gr. Gerberg. 3.

Lohnend beschäftigt werden
als Taxatoren und Ag. nten bei großen
Hagel- und Feuer-Versicherungs-Anstal-
ten geeignete Bewerber jeden Standes
in den Städten und auf dem Lande. Adr.
unter 5185 in der Exp. d. Btg. erbeten.

Eine anst. Dame gefesteten Alters, sehr
rührig und erfahren, wünscht die Leitung
einer Wirtschaft gegen mäßiges Honorar
zu übernehmen. Antritt ist nach Wunsch und
Uebereinkunft, am liebsten außerhalb Dan-
zigs. Adressen unter 5179 in der Expedition
dieser Zeitung.

E inige Knaben jeden Alters finden zu
Hörn in einer gebildeten Familie
Penion. Näheres Langgasse 21 im Laden.

Eine gute und billige Pension bei sorg-
fältiger Pflege und Aufsicht für Knaben,
welche die höhern Schulen besuchen, ist zu
erfahren Fleischerstraße 68, D. Auch werden
der Herr Director Pauten und Herr
Director Ohlert die Güte haben, nähere
Ankunft zu ertheilen. (5159)

Eine geprüfte Erziehlerin, musikalisch,
welche schon mehrfach unterrichtet hat,
sucht zu Hörn eine andere Stelle. Adr.
unter 5161 in der Exped. d. Btg. erbeten.

Eine junge Dame aus achtbarer Familie,
die 2 Jahre in einem Kurzwaaren-
Geschäft gewesen, sucht zum 1. März oder
April eine andere Stellung. Die besten
Zeugnisse sind vorhanden. Adr. unter 5162
in der Exped. d. Btg. erbeten.

Ben's angeht!

Heute Abend 8 Uhr

Kieler Sprotten

am Stammtisch. E. R.
Die vom Kieler Lehrerverein heraus-
gegebenen und von Behörden und in
pädagogischen Zeitschriften mehrfach empfoh-
lenen Schulvorschriften, enthaltend 25 An-
deutliche und lateinische Schrift, sind für den
Preis von 1 Thlr. pro Exemplar durch den
Unterzeichneten zu beziehen.
Danzig, d. 25. Januar 1874.

Butschkow,

Schulhaus Schwarzes Meer.

Vom 1. Februar oder gleich wünscht
Jemand die Danziger Zeitung mit-
zubehalten. Reflectanten erfahren Näheres
Säfergasse 14, 1 Tr.

Nachgewiesen mit guter Garderobe werden
nachgewiesen Heil. Geistgasse 105 durch
A. Blath, Danzig.

Die Inspectorstelle in Dockar
ist besetzt.

In meinem Hause habe ich
ein neu eingerichtetes großes
Ladenlokal nebst Keller und La-
geräumen von sofort zu ver-
mieten. Auf Wunsch auch eine
neu decorirte Wohnung.
Carl Marzahn,
Langenmarkt 18.

Auf der Nechtstadt wird ein
Speicher-Unterraum oder
eine trockene Remise zum 1.
April cr. zu mieten gesucht.

Adressen werden unter 5192 in der Ex-
pedition dieser Zeitung erbeten.

Langgasse No. 38 ist das Haus
mit 7 heizbaren Zimmern, Kü-
chenstube und Burschengelass u. Ein-
tritt in den Garten, zum April d. J.
zu vermieten und zu beziehen.

Zur geneigt. Beachtung.
Endesunterzeichnete erlaubt sich ihr
Restaurant, 4. Damm No. 11, den
werthen Gästen in Erinnerung zu bringen.
Person Wwe.

Zweite Vorlesung zum Be-
stehen des Diatonischen-Kranken-
hauses:
Dienstag, den 27. Januar c.,
7 Uhr Abends,
im oberen Saale der „Concordia“:
Herr Dr. med. Tornwaldt:
„Ueber den Schlaf.“

Sänger-Bund.

Heute Abend 8 Uhr: General-Verfam-
lung Langenmarkt No. 23. (5173)

Concert

Joachim-Barth

am 1. Februar cr.,
Abends 7 Uhr,
im Apollo-Saale,

Programm. Sonate f. Violine
v. Händel. — Fantasie op. 77. von
Beethoven. — Romantische F-dur von
Beethoven. — Andante u. Polonaise
op. 22 v. Chopin. — Andante F-dur
v. Spohr. — Ungarische Tänze von
Brahms-Joachim.

Billetts à 1 R. 10 Sgr. und 1 R.
bei F. A. Weber, Buch- u. Musik-
handlung.

Die reservirten Billets müssen
bis Donnerstag in Empfang ge-
nommen werden. (5188)

Haase's Concert-Halle,

3. Damm No. 2.

Heute sowie jeden Abend Auftreten des be-
rühmten kleinen vierstimmigen Mannes in der
Gymnastik, Tanz, Vaudevillekunst und
Spinnerei in der er es trotz seiner Körper-
konstruktion zur größten Fertigkeit gebracht
hat. Gleichzeitig auftreten der beliebten
Gesellschaftstänzerin unter Mitwirkung
der Preißen Frl. Paula und der Berliner
Costüm-Soubrette Frl. Drabant.
Freundliche Einladung von
S. Haase.

Stadt-Theater.

Dienstag, 27. Jan. (Abonnement suspendu.)
Fünftes Gastspiel des Fräul. Ellen-
reich. Esz. Traverspiel in 5 Akten
von S. Laube.

Mittwoch, 28. Jan. (5. Abonnem. No. 1.)
Jesonda.

Donnerstag, 29. Jan. (Abonnement susp.)
Dritteltes Gastspiel des Fräulein
Ellenreich. Was Ihr wollt!

Königsberger Lotterie, 4000 Gewinne,
Ziehung den 21. April cr., Loose à 1 R.
bei Theodor Vertling, Gerbergasse 2.

Eine Wisam-Stola ist Mittwoch spä-
tends verloren worden. Wiederbringer
eine Belohnung, Lastadie 22, 1 Tr.

Schon um Deine Ruhe kannst Du es
wagen. Gr. M. (5155)

Große

Carneval-Redoute

in den neu und festlich decorirten
Sälen des
Friedrich-Wilh.-Schützen-
hauses
am 31. Januar 1874.
Redaction, Druck und Verlag von
A. W. Kafemann in Danzig.